

Erste Peschmerga-Kämpfer in der Türkei eingetroffen

Am frühen Morgen sind die ersten Peschmerga-Kämpfer und -kämpferinnen aus dem Nordirak in der Türkei eingetroffen. Ein Flugzeug mit ca. 80 Personen landete in der südtürkischen Stadt Sanliurfa, sie sollen als Unterstützung für die kurdischen Kämpfer und Kämpferinnen nach Kobane weiterreisen und schwere Waffen mitbringen. Es ist das erste Mal, dass die Türkei Hilfe für die Kurden und Kurdinnen in Kobane offiziell zulässt.

Ryanair in Frankreich wegen Schwarzarbeit verurteilt

Die irische Fluggesellschaft Ryanair wurde am Dienstag vom Berufungsgericht in Aix-en-Provence zur Zahlung von 8,1 Millionen Euro verurteilt. Das Unternehmen hatte für seine 127 Angestellten in Frankreich zwischen 2007 und 2010 keine Sozialabgaben in Frankreich, sondern in Irland bezahlt, wo die Abgaben deutlich niedriger sind. Vor Gericht begründete Ryanair dies damit, dass man in Frankreich keine eigentliche Niederlassung, sondern nur einen „operativen Stützpunkt“ unterhalten habe. Auch Piloten und Gewerkschaften wurde Schadensersatz zugesprochen.

Proteste in Ungarn gegen Internet-Steuer

Mehr als zehntausend Menschen haben am Dienstag abend in Budapest gegen die Einführung einer Internet-Steuer protestiert. Das Gesetz sieht vor, dass ab 2015 pro übertragenem Gigabyte ca. 50 Cent fällig werden. Es wird befürchtet, dass die Steuer sich vor allem gegen Gegner der Regierung richtet, die sich über das Internet vernetzen und Gehör verschaffen. Zsolt Varady, einer der Protestführer, der auch ein soziales Netzwerk in Ungarn leitet, sagte: "Die Internet-Steuer ist ein Symbol für die autokratische Herrschaft der Regierung." Auch die EU kritisiert die neue Regelung der Regierung Orban. Bereits am Sonntag gab es Proteste vor dem Wirtschaftsministerium.

Erdogan weiht neuen Präsidentenpalast ein

Pünktlich zum Feiertag der Republik weiht der türkische Präsident Erdogan heute den neuen Präsidentenpalast ein. Der neue Palast, in den Erdogan jedoch erst in einigen Wochen einzieht, ist deutlich größer als sein ehemaliger Amtssitz – und deutlich teurer. Deshalb und weil er ohne eine offizielle Baugenehmigung errichtet wurde, kündigte die Opposition an, nicht zur Einweihungsfeier zu kommen. Der Präsidentenpalast gilt als der größte Schwarzbau der Türkei.